

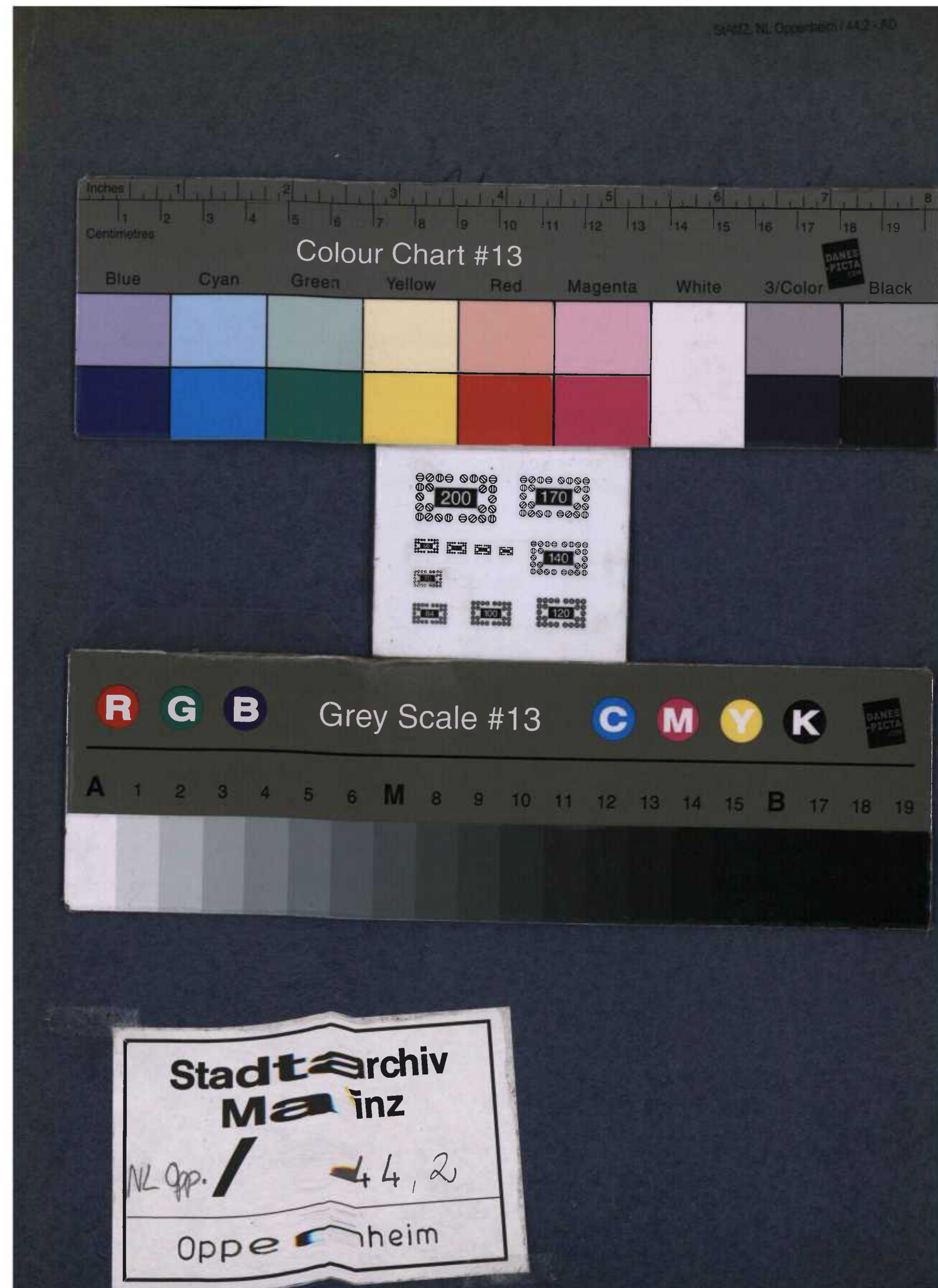
Stadtarchiv Mainz

Bestand : Nachlass Oppenheim

Akte-N° : 00044-2



NL_Oppenheim_00044-2



Stadtarchiv Mainz

Bestand : Nachlass Oppenheim

Akte-N° : 00044-2



NL_Oppenheim_00044-2

StAMZ NL Oppenheim / 44.2 - NO

W. Oppenheim

44,2

**Stadtarchiv
Mainz**

NL Opp. / 44,2

Oppenheim

Misfel Oppenheim, stud. jur.

aus

Münch.

Im Namen
Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs
Ernst Ludwig
von Hessen und bei Rhein
des Rektor Magnifizientissimus
der Ludwigs-Universität

Nachdem Herr *Wifal Oppenheim aus Mainz,*
Küchenmeister der Hofkammer,

durch Handschlag feierlich gelobt hat,

daß er willens ist, den Gesetzen Gehorsam, der Obrigkeit und seinen
Lehrern die schuldige Achtung und Ehrerbietung zu erweisen, sich eines
sittlichen Lebenswandels zu befleißigen und seinen wissenschaftlichen
Studien mit Eifer obzuliegen,

ist er unter unsere akademischen Bürger aufgenommen und ihm zum
Zeugnis dessen gegenwärtige Urkunde ausgestellt worden.

Gießen, den *5. Mai 1906.*



Der Rektor der Ludwigs-Universität

Rehagel

Die RECHTSSTELLUNG DER BESCHRÄNKT GESCHÄFTSFÄHIGEN EHEFRAU

15. Juli 1908

— Sommer 1908

meine meine Verordnungen
müssen mir das unfehlige
Total gesprohen !!

Organisation und Aufgaben

der deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Verordnung:

Gegeben in Handlungsschriftlich-
schriftlichem Ausweise des Herrn
Prof. Dr. jur. et phil. M. Biermer.

Gegeben
am 7. Juni 1907.

M. Schell Oppenheim.

Meine Herren !

Das Vorbild unserer heutigen Gewerbegerichte ist der von Napoleon I. durch Gesetz vom 18. März 1806 den Seidenwebern, Samtwirkern und Silberarbeitern von Lyon gegebene „Rat der Gewerbeverständigen“. Dieser conseil de prud'hommes - so der offizielle Titel der Einrichtung - hatte die Aufgabe, die unter den Fabrikanten und Arbeitern „täg-lich sich erhebenden kleinen Streitigkeiten im Wege der Güte zu schlichten“ oder wenn nötig durch Richterspruch zu entscheiden.

Der Rat der Gewerbeverständigen bestand aus einer gleichen Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die in freier Wahl von ihren Berufsgenossen gewählt wurden. Das Wahlrecht hatte jeder, der 25 Jahre alt und 3 Jahre im Gerichtsbezirke ansässig war. Ferner mussten die Arbeitgeber 5 Jahre Erwerbssteuern zahlen, die Arbeitnehmer 5 Jahre im betreffenden Gewerbe beschäftigt sein. Die Wählbarkeit war durch das dreissigste Lebensjahr bedingt. Aus ihrer Mitte ernannten die (also) Gewählten für 1 Jahr einen Vorsitzenden, der sowohl den Arbeitgebern wie den Arbeitnehmern angehören könnte, doch durfte der Stellvertreter des Vorsitzenden nicht derselben sozialen Klasse angehören wie dieser.

Die Kompetenz der conseils erstreckte sich insbesondere auf die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sowie zwischen den Arbeitnehmern unter sich; aber nur insoweit, als der Streit seinen Grund im Arbeitsverhältnis hatte. Streitfälle, die nicht auf dem Arbeits-

vertrag beruhten, wie z.B. die Entschädigungsklagen in Unfällen, gehörten nicht vor die conseils.

Ausser dieser richterlichen Befugnis hatten die conseils noch eine administrative Aufgabe, nämlich die Registrierung der Muster und Dessins und die Feststellung der vorhandenen Gewerbebetriebe, und eine polizeiliche Funktion, nämlich die Kontrolle über die Quittungsbücher auszuüben. Das Verfahren, das, wie schon erwähnt, hauptsächlich den Zweck verfolgte, die entstandenen Streitigkeiten friedlich beizulegen, war derart geregelt, dass jeder Streitfall zunächst vor die Vergleichskammer (Bureau particulier) zu bringen war. Erst wenn hier keine Aussöhnung zu Stande kommen konnte, durfte der Fall vor die Urteilkammer (Bureau général) gebracht werden. Diese war zusammengesetzt aus dem Vorsitzenden und je 2 Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die aus der gewählten Zahl der Beisitzer abwechselnd zugezogen wurden.

In Frankreich erkannte man sehr bald den grossen Vorzug dieser Gerichte und die kaiserliche Regierung erliess in den folgenden Jahren verschiedene Dekrete, wodurch in den meisten Landesteilen gleiche conseils eingeführt wurden.

Als Preussen nach Beendigung der Freiheitskriege von der Rheinprovinz Besitz ergriff, hielt es die preussische Regierung für das zweckmässigste, die französischen conseils beizubehalten. Man bemühte sich sogar in richtiger Erkenntnis der wirtschaftlichen Bedeutung dieser Einrichtung denselben auch in anderen Landesteilen Anerkennung zu verschaffen. So entstanden in der preussischen Monarchie - zum Teil auch im Anschluss an die alten seit 1722 bestehenden Patrimonialgerichte (wie^{vi} z.B.

in den Gewerfabriken ^{waren} in Potsdam und Spandau) - die sog. Fabrikengerichte und ferner auf Grund einer Verordnung vom 7. August 1846 die Königlich Preussischen Gewerbegerichte.

Lange konnten sich diese Gerichte nicht halten. Die meisten wurden wieder aufgehoben oder gingen stillschweigend ein; einige wenige fristeten ein jämmerliches Dasein. Gründe dieses Misserfolges waren die ausserordentlich hohen ungerecht verteilten Kosten, die den Arbeiter gleich hart trafen wie den selbständigen Arbeitgeber. Ausserdem waren die preussischen Gewerbegerichte in einen Fehler verfallen, den die französischen mit sicherem Takt stets vermieden hatten und darin scheint m. E. der Hauptgrund ihres Fiaskos zu liegen. Sie waren nämlich mehr eine rechtsprechende als eine ausgleichende Behörde geworden. Statt in erster Reihe zwischen den streitenden Parteien zu vermitteln, - was doch ihre Hauptaufgabe sein sollte - hatten sie in reiner Geschäftsmässigkeit nach starren Rechtsnormen zu richten versucht.

Trotz dieser gerade nicht ermutigenden Erfahrungen unternahm es die Regierung - anstelle der preussischen war mittlerweile die deutsche Reichsregierung getreten - Ende der 60^{er} und in den 70^{er} Jahren die Materie aufs Neue zu ordnen. Unterstützt wurde sie hierbei vom Reichstag, dessen plötzlich erwachten Uebereifer sie jedoch bald einzuschränken sich bemühte. Verschiedene Versuche zur Neuordnung der Gewerbegerichte fallen in diese Zeit. So griff die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund vom 21. Juni 1869 den alten Gedanken der Errichtung von Gewerbegerichten wieder auf, indem sie im 4. Absatz des § 101 die Gemeinde-

behörden für die Entscheidung der Streitigkeiten selbständiger Gewerbetreibender mit ihren Hilfspersonen zuständig erklärte. Eventuell liess sie die Bildung besonderer Schiedsgerichte durch Ortsstatut zu. Da aber nähere Vorschriften hierbei nicht getroffen, vielmehr alles der praktischen Handhabung überlassen war, bildete dieser Absatz 4 des § 108 ein Anlass zu fortgesetzten Reibereien. Eine befriedigende Lösung der Frage bildete er nicht.— Ein weiterer Versuch war die Vorlage der Regierung an den Reichstag vom 18. Juni 1873. Es war aber ein Glück, dass diese Vorlage im Reichstage überhaupt nicht zur Beratung kam; ihre gesamte Ablehnung wäre sicher gewesen, da die Regierung in ihr der oberen Verwaltungsbehörde die weitgehendsten Aufsichtsrechte über die Gewerbegerichte übertragen wollte. Ein neuer Entwurf, dem vorhergehenden sehr ähnlich, blieb im folgenden Jahre (1874) ebenfalls unerledigt. Erst 4 Jahre später (1878) brachte die Regierung einen neuen gänzlich umgearbeiteten Entwurf ein. Dieser charakterisierte sich nicht mehr als Novelle zum § 108 der Gewerbeordnung wie die vorhergehenden, sondern war in 24 Paragraphen der erste schüchterne Versuch zu einem selbständigen Gewerbegerichtsgesetz. Nach dieser neuen Bearbeitung musste der Magistrat die Beisitzer ernennen; eine Wahl durch die Gewerbetreibenden selbst war immer noch ausgeschlossen. Da die Regierung in dieser Frage unter keinen Umständen nachgeben wollte, versagte die Mehrheit des Reichstages, wie vorauszusehen war, dem Gesetzentwurf seine Zustimmung.

Der Regierung war nach so häufigem Misslingen die Lust zu neuen gesetzgeberischen Anregungen

in den Gewerbebetriebe in Preussen und Sachsen) die sog. Fabrikengerichte und deren auf Grund einer Verordnung vom 7. August 1848 die Königlich Preussischen Gewerbebetriebe. Lange konnten sich diese Gerichte nicht halten. Die meisten wurden wieder aufgehoben oder gingen allmählich ein; einige wenige blieben von einigem Nutzen. Die Gewerbebetriebe in Preussen waren die Hauptursache der Unzufriedenheit der Arbeiter, die den Arbeitgebern recht verfallenen Kosten, die den Arbeitgebern nicht zu lasten der selbständigen Arbeiter. Ausserdem waren die preussischen Gewerbebetriebe in einem Fehler verfallen, den die französischen mit anderen Teil nicht vermeiden konnten und darin besteht, dass die Hauptursache ihrer Fehlschläge zu sein scheint. Sie waren nämlich eine recht unvollständige als eine unvollständige Behörde geworden. Statt in erster Reihe zwischen den streitenden Parteien zu vermitteln, — was doch ihre Hauptaufgabe sein sollte — hatten sie in keiner Geschäftstätigkeit noch anderen Rechtsnormen zu richten versucht. Trotz dieses gerade nicht zureichenden Erfolge unternehmen die Regierung — ebenfalls für preussischen war mittlerweile die deutsche Reichsregierung getreten — Ende des 60^{er} und in den 70^{er} Jahren die Nation eine neue Wege zu suchen. Unzufriedenheit wurde als Mittel zum Zweck, das von öffentlich erwählten Ueberrichtern als Justizrat und als Richter nach dem Gesetz. Verschiedene Versuche zur Neuordnung der Gewerbebetriebe blieben in dieser Zeit. So soll die Gewerbebetriebe für den Reichstag. Der Reichstag vom 21. Juni 1869 den alten Gewerbebetriebe von der Revision von Gewerbebetriebe wieder auf. Infolgedessen in 4. Absatz des § 108 die Gewerbebetriebe.

auf diesem Gebiet auf lange hinaus vergangen. Auf einen Reichstagsbeschluss, der im Anschluss an 2 sozialdemokratische Anträge einen neuen Entwurf verlangte, reagierten die verbündeten Regierungen ebenso wenig, wie auf gelegentliche Anfragen bei den Etatsberatungen der nächsten Jahre.

Erst Ende der 80^{er} Jahre, als mit dem jungen Kaiser ein neuer Geist in die Regierung einzog, damals als die Regierung ernsthaft bestrebt war, sich auf sozialpolitischem Gebiet energisch zu betätigen, versuchte man aufs Neue eine Gesetzgebung zu schaffen, die den modernen Anforderungen wirklich entsprach.

In der Thronrede, mit der der Kaiser nach den Neuwahlen und dem Rücktritt des Fürsten Bismarck am 6. Mai die Sommertagung des Jahres 1890 eröffnete, ward unter den Vorlagen, die den „innerhalb der staatlichen Ordnung berechtigten und erfüllbaren Wünschen der arbeitenden Bevölkerung Rechnung tragen“, sollten an zweiter Stelle die Vorlage über die Gewerbegerichte genannt. Die Thronrede charakterisiert sie kurz so: „Eine weitere Vorlage erstrebt die bessere Regelung der gewerblichen Schiedsgerichte und zugleich eine Organisation derselben, die es ermöglicht, diese Gerichte bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses als Einigungsämter anzurufen“. Die betreffende Vorlage ging dem Reichstag nach am selben Tage zu. Der Reichstag änderte sie in einigen Punkten, hielt aber im allgemeinen an der Grundlage der Regierungsvorlage fest. Am 28. Juni 1890 wurde der Entwurf nur gegen die Stimmen des Freisinn und

der Sozialdemokratie, die mit dem Entwurf nicht zufrieden, wie gewöhnlich lieber gar nichts bewilligten, von der Mehrheit des Hauses angenommen. Gesetz wurde er am 29. Juli 1890. Weitgehende Erweiterungen erhielt dieses Gesetz durch das neue, heute geltende Gesetz vom 30. Juni 1901, in dem die praktischen Erfahrungen der vergangenen Jahre ^{möglichst} weitgehend berücksichtigt wurden. Angenommen wurde dieses Gesetz ^{allzu} gegen die Stimmen der Konservativen. Eine abermalige Ausdehnung, allerdings nach einer anderen Richtung, erhielt die gewerbegerichtliche Sondergerichtsbarkeit durch das Gesetz betreffend Kaufmannsgerichte vom 6. Juli 1904.

Eine Regelung des Verfahrens vor diesen beiden neuen Sondergerichten wurde nur im Gewerbegerichtsgesetz getroffen; das Gesetz betr. Kaufmannsgerichte verweist im allgemeinen auf diese Regelung. Ich kann mich im folgenden also meist auf das erste Gesetz beschränken.

Die Errichtung von Gewerbegerichten ist obligatorisch für Gemeinden, welche nach der jeweilig letzten Volkszählung mehr als 20.000 Einwohner haben. Die Errichtung hat in diesem Falle die Landeszentralbehörde anzuordnen, ohne dass es eines Antrags beteiligter Arbeitgeber oder Arbeitnehmer bedarf. Ein Antrag aus der Mitte der interessierten Kreise ist dagegen erforderlich, wenn in einer kleineren Gemeinde ein Gericht errichtet werden soll. Es ist auch möglich, dass sich mehrere kleine Gemeinden zu einem Verband zusammenschließen und in diesem Verband zusammen nur ein Gewerbegericht errichten.

Das Gericht besteht aus einem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter, sowie aus mindestens 4 Bei-

*Trin. 1. 1. 1901
Bsp. 1. 1. 1901
für Offenburg-
Land.*

sitzern. Besteht an einem Orte ein Gewerbe- und ein Kaufmannsgericht, so ist der Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende des Gewerbegerichts zugleich zum Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts zu bestellen. Ebenso sollen die Einrichtungen für die Gerichtsschreiberei, den Bureaudienst, die Sitzungs- und Bureauräumlichkeiten und dergl. gemeinsam getroffen werden.

Der Vorsitzende und sein Stellvertreter dürfen weder Arbeitgeber noch Arbeiter sein. Eine besondere Vorbildung wird vom Gesetz nicht gefordert, insbesondere braucht er nicht die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst zu besitzen; wohl aber kann das Statut derartige Erfordernisse mit Rechtsgültigkeit aufstellen. Die Wahl des Vorsitzenden erfolgt durch den Magistrat oder durch andere statutarisch bestimmte Gemeindevertretungen auf mindestens 1 Jahr (in Mainz auf 3 Jahre). Die Bestätigung der Wahl erteilt die höhere Verwaltungsbehörde, in deren Bezirk das Gericht seinen Sitz hat. Wenn Staats- oder Gemeindebeamten zum Vorsitzenden ernannt werden, findet auf sie diese Bestimmung nicht Anwendung, solange sie ihr Amt kraft staatlicher Ernennung oder Bestätigung verwalten. Dass ⁱⁿ das Bestätigungsrecht nicht missbraucht wird, zeigt die Tatsache, dass eine Bestätigung des vorgeschlagenen Vorsitzenden niemals versagt wurde, wenigstens nicht bis 1905; ob es in den letzten 2 Jahren vorkam, ist mir nicht bekannt. Der Vorsitzende verwaltet sein Amt gewöhnlich ehrenamtlich. Dies ist aber nicht unbedingt notwendig, der Vorsitzende des Gewerbegerichts Darmstadt erhält ⁱⁿ j. l. ein jährliches Gehalt von M 1500.

Die Beistzer - ihr Amt ist ein Ehrenamt - müssen zur Hälfte aus den Arbeitnehmern, zur Hälfte aus den Arbeitgebern entnommen werden. Diese werden von den Arbeitgebern, jene von den Arbeitnehmern gewählt. Die Wahl ist unmittelbar und geheim; sie erfolgt auf mindestens 1 Jahr und auf höchstens 6 Jahre. Zum Mitglied eines Gerichts, sowohl als Vorsitzender, wie Beisitzer, können nicht berufen werden solche Personen, die zum Amt eines Schöffen untauglich sind. Die Wahl von Frauen ist also ausgeschlossen. Das aktive Wahlrecht haben nur solche Personen, die das 25. Lebensjahr vollendet und in dem Bezirk des Gerichtes ihre Wohnung haben. Frauen dürfen nicht wählen. Die frühere Vorschrift, nach der das Wahlrecht an eine bestimmte Aufenthaltsdauer gebunden war, wurde ^u durch die Novelle vom 30. Juni 1901 fallen gelassen. Sie war schwer durchführbar und da gerade die Arbeitnehmer infolge ihrer häufig wechselnden Beschäftigung ihren Wohnsitz öfters zu ändern gezwungen sind, wurde eine grosse Anzahl Wähler ungerechtfertigter Weise vom Wahlrecht ausgeschlossen.

Die näheren Bestimmungen über die Art der Wahl stellt das Gewerbegerichtsgesetz dem Ortsstatut anheim; eine Regelung der Wahl nach den Grundsätzen der Proportionalwahl ist zulässig. Für die Kaufmannsgerichte ist diese Wahlart obligatorisch. Die Wahlen, die nach diesem System vollzogen wurden, gingen im allgemeinen ohne Schwierigkeiten und Klagen von statten, und da man die Vorteile dieses Systems in den beteiligten Kreisen bald erkannt hatte, wurde dieser Wahlmodus auch bei den Gewerbegerichtswahlen fast ^u durchgängig eingeführt.

Die Zuständigkeit der Gerichte ist im Gesetz

genau bestimmt. Die Gewerbegerichte entscheiden über gewerbliche Streitigkeiten zwischen Arbeitern einerseits und ihren Arbeitgebern andererseits, sowie zwischen Arbeitern desselben Arbeitgebers (Arbeiter im Sinne der G.O. Titl. VII). Ferner über Streitigkeiten zwischen Heimarbeitern und ihren Arbeitgebern. Inwieweit die Streitigkeiten der selbständigen Hausgewerbetreibenden der Zuständigkeit der Gewerbegerichte unterliegen, bestimmt das Statut. Die Kaufmannsgerichte entscheiden über Streitigkeiten, die aus dem Dienst- oder Lehrverhältnisse zwischen Kaufleuten einerseits und ihren Handlungsgehilfen oder Handlungslehrlingen andererseits entspringen - mit der Einschränkung, dass auf Handlungsgehilfen, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt den Betrag von M 5000 übersteigt, sowie auf die in Apotheken beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge die Vorschriften des Gesetzes keine Anwendung finden.

Die Gewerbe- bzw. Kaufmannsgerichte sind ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes zuständig für Streitigkeiten

1) über den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeits- bzw. Lehr- oder Dienstverhältnisses, sowie über die Aushändigung oder den Inhalt des Arbeitsbuches, Zeugnisses, Lohnbuches, Arbeitszettels oder Lohnzahlungsbuches,

2) über die Leistungen aus dem Arbeits- bzw. Dienst- oder Lehrverhältnisses,

3) über die Rückgabe von Sicherheiten, Zeugnissen, Legitimationspapieren, Urkunden (z.B. Quittungskarten der Invalidenversicherung), Gerätschaften und anderen Gegenständen, welche aus Anlass des Arbeits- bzw. des Dienst- oder Lehrverhältnisses

nisses übergeben worden sind,

4) über Ansprüche auf Schadensersatz oder auf Zahlung einer Vertragsstrafe wegen Nichterfüllung oder nicht gehöriger Erfüllung der Verpflichtungen, welche infolge des Arbeitsverhältnisses eingegangen wurden, sowie wegen gesetzwidriger oder unrichtiger Eintragungen in Arbeitsbücher, Zeugnisse, Lohnbücher, Krankenkassenbücher oder Quittungskarten der Invaliden-Versicherung,

5) über die Berechnung und Anrechnung der von den Arbeitern bzw. von den Handlungsgehilfen oder Handlungslehrlingen zu leistenden Krankenversicherungsbeiträge und Eintrittsgelder,

6) über die Ansprüche aus einer Vereinbarung, durch welche der Handlungsgehilfe oder Handlungslehrling, bzw. der Arbeiter für die Zeit nach Beendigung des Dienst- oder Lehrverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird. (Sog. Konkurrenzverbote - Konkurrenzklausel).

In allen diesen Fällen sind allein die Gewerbe- bzw. Kaufmannsgerichte zuständig. Sie sind hier auch zuständig zur Entscheidung von Klagen über 300 M, wozu im ordentlichen Rechtswege, unter Ausschluss der sonst den Gewerbegerichten gleichstehenden Amtsgerichte, nur die Landgerichte befugt sind. Durch die Zuständigkeit der Gewerbegerichte ist die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte unter allen Umständen ausgeschlossen. Dass aber die Parteien ausdrücklich oder stillschweigend die Zuständigkeit eines anderen Gewerbe- bzw. Kaufmannsgerichtes vereinbaren, ist zulässig. Es ist also z.B. möglich, dass eine Fabrik in Darmstadt in Uebereinstimmung mit ihren Arbeitern das Gewerbegericht in Offenbach für zuständig erklärt.

Dieses freie Bestimmungsrecht der Parteien, das in der Praxis häufig gehandhabt wird, bedarf noch einer gesetzlichen Einschränkung. Es kann sonst vorkommen, dass ein Gewerbegericht, dessen Rechtsprechung allgemein anerkannt ist, häufig Fälle von auswärtigen Parteien zu entscheiden hat. Die Folge davon ist eine Ueberbürdung des Gerichts und eine entschieden ungerechtfertigte Belastung der Kommune, die das Gewerbegericht zu unterhalten hat. /

Um einer Ueberbürdung des Gerichts vorzubeugen

*Die Bestimmung des
Gerichts ist folgende:
Alle mit dem
Gewerbegericht
in Zusammenhang
stehenden Streit-
fälle:*

Zwei außerhalb des Bezirks des Gewerbegerichts Mainz liegende Fabriken haben in ihre Arbeitsordnungen die Bestimmung aufgenommen, daß das Gewerbegericht Mainz für die zwischen ihnen und ihren Arbeitern vorkommenden Streitigkeiten zuständig sein solle. Diese Bestimmung bedeutet für die Stadtgemeinde eine Belastung mit Kosten in fremden Angelegenheiten, nach Lage der Verhältnisse wird dagegen aber schwerlich etwas zu machen sein. Von

vorgebrachten Streitfälle schnell ist es möglich, an einem Gericht vern einzurichten, deren sachliche auf bestimmte Arten von Gewerbe- oder

*Es handelt sich hier um
die Streitigkeiten in
den Kupferberg- und
Zinkbergwerken in
der Gegend von
Mainz, die unter
der Aufsicht des
Gewerbegerichts
in Mainz stehen.*

Fabrikbetriebe oder deren örtliche Zuständigkeit auf bestimmte Teile des Gemeindebezirks beschränkt ist. In Hessen werden augenblicklich Vorbereitungen getroffen, ein solches Gericht mit mehreren Kammern für den Bezirk Rüsselsheim und Gross-Gerau einzurichten.

In den Sitzungen soll das Gericht in der Besetzung von 3 Mitgliedern mit Einschluss des Vorsitzenden verhandeln und entscheiden. Durch das in Hessen Ortsstatut (dasⁱⁿ zufolge Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung und mit Genehmigung des Grossh. Ministeriums des Innern von der Bürgermeisterei erlassen wird) kann aber rechtsgültig bestimmt werden, dass allgemein oder nur für gewisse Streitigkeiten eine grössere Zahl von Beisitzern zugezogen werden muss, die Beisitzer müssen aber stets zur Hälfte Arbeitgeber und Arbeiter sein.

Was nun das eigentliche Verfahren vor den genannten Sondergerichten betrifft, so lehnt sich dieses eng an das amtsgerichtliche Verfahren an;

10

4) Über die Bestimmung des Gerichts ist folgende Bestimmung aufgenommen, dass das Gewerbegericht Mainz für die zwischen ihnen und ihren Arbeitern vorkommenden Streitigkeiten zuständig sein solle. Diese Bestimmung bedeutet für die Stadtgemeinde eine Belastung mit Kosten in fremden Angelegenheiten, nach Lage der Verhältnisse wird dagegen aber schwerlich etwas zu machen sein. Von

5) Über die Bestimmung des Gerichts ist folgende Bestimmung aufgenommen, dass das Gewerbegericht Mainz für die zwischen ihnen und ihren Arbeitern vorkommenden Streitigkeiten zuständig sein solle. Diese Bestimmung bedeutet für die Stadtgemeinde eine Belastung mit Kosten in fremden Angelegenheiten, nach Lage der Verhältnisse wird dagegen aber schwerlich etwas zu machen sein. Von

6) Über die Bestimmung des Gerichts ist folgende Bestimmung aufgenommen, dass das Gewerbegericht Mainz für die zwischen ihnen und ihren Arbeitern vorkommenden Streitigkeiten zuständig sein solle. Diese Bestimmung bedeutet für die Stadtgemeinde eine Belastung mit Kosten in fremden Angelegenheiten, nach Lage der Verhältnisse wird dagegen aber schwerlich etwas zu machen sein. Von

7) Über die Bestimmung des Gerichts ist folgende Bestimmung aufgenommen, dass das Gewerbegericht Mainz für die zwischen ihnen und ihren Arbeitern vorkommenden Streitigkeiten zuständig sein solle. Diese Bestimmung bedeutet für die Stadtgemeinde eine Belastung mit Kosten in fremden Angelegenheiten, nach Lage der Verhältnisse wird dagegen aber schwerlich etwas zu machen sein. Von

8) Über die Bestimmung des Gerichts ist folgende Bestimmung aufgenommen, dass das Gewerbegericht Mainz für die zwischen ihnen und ihren Arbeitern vorkommenden Streitigkeiten zuständig sein solle. Diese Bestimmung bedeutet für die Stadtgemeinde eine Belastung mit Kosten in fremden Angelegenheiten, nach Lage der Verhältnisse wird dagegen aber schwerlich etwas zu machen sein. Von

9) Über die Bestimmung des Gerichts ist folgende Bestimmung aufgenommen, dass das Gewerbegericht Mainz für die zwischen ihnen und ihren Arbeitern vorkommenden Streitigkeiten zuständig sein solle. Diese Bestimmung bedeutet für die Stadtgemeinde eine Belastung mit Kosten in fremden Angelegenheiten, nach Lage der Verhältnisse wird dagegen aber schwerlich etwas zu machen sein. Von

10) Über die Bestimmung des Gerichts ist folgende Bestimmung aufgenommen, dass das Gewerbegericht Mainz für die zwischen ihnen und ihren Arbeitern vorkommenden Streitigkeiten zuständig sein solle. Diese Bestimmung bedeutet für die Stadtgemeinde eine Belastung mit Kosten in fremden Angelegenheiten, nach Lage der Verhältnisse wird dagegen aber schwerlich etwas zu machen sein. Von

soweit nicht besondere Vorschriften getroffen sind, gelten durchweg die Regeln der Civilprozessordnung. Eine sehr bedeutende Aenderung ist die, dass der Parteibetrieb in der Hauptsache durch den Officialbetrieb ersetzt ist. Die erforderlichen Verhandlungstermine werden sämtlich vom Vorsitzenden des Gerichts von Amtswegen angesetzt. Ebenso erfolgt auch die Ladung der Parteien von Amtswegen. Diese Ladung darf unterbleiben, wenn der Vorsitzende in Anwesenheit beider Parteien den Termin verkündet. Auch die Zustellungen in dem Verfahren erfolgen von Amtswegen. Das Gewerbegericht hat also abweichend vom Verfahren vor den ordentlichen Gerichten eine erforderliche Zustellung aus eigener Veranlassung regelmässig unter Ausschluss von Parteizustellungen zu bewerkstelligen, also auch die Notwendigkeit einer Zustellung von Amtswegen zu prüfen. Urteile und Beschlüsse, gegen welche ein Rechtsmittel stattfindet, werden den Parteien zugestellt, soweit diese nicht darauf verzichten. Sonstige Urteile und Beschlüsse werden den Parteien, die bei der Verkündung anwesend waren, nur auf besonderes Verlangen zugestellt. Für die Form der Zustellung gelten die Vorschriften der C.P.O. über die vereinfachte Zustellung.

Die Klage vor den Gerichten wird erhoben, indem die klagende Partei entweder die Klage dem Gericht einreicht oder sie zu Protokoll des Gerichtsschreibers erklärt. Diese Art der Klageerhebung ist nicht unbedingt notwendig; wenn z.B. beide Parteien an einem ordentlichen Gerichtstage ohne vorherige Terminbestimmung und Ladung erscheinen, kann die Erhebung der Klage auch durch mündlichen Vortrag erfolgen. Bleibt die Sache dann an diesem

Dieses erste Bestimmungsgesetz der Parteien, das in der Praxis häufig geachtet wird, bedarf noch einer gesetzlichen Einschränkung. Es kann nicht verkannt werden, dass ein Gewerbegericht, dessen Beschlüsse schon allgemein anerkannt ist, häufig Hilfe von auswärtigen Parteien zu entbehren hat. Die Folge davon ist eine Überbürdung des Gerichts und eine entsprechende ungenügende Belastung der Kammerne, die das Gewerbegericht zu unterstützen hat. Um einer Überbürdung des Gerichts vorzubeugen, kommt es als vorgeschriebene Stelle zu einem Gericht zu erklären, ist es möglich, an einem Gericht vorzutreten. Solche Kammerne einzureichen, deren sachliche Zuständigkeit auf bestimmte Arten von Gewerbe- oder Fabrikbetriebe oder deren örtliche Zuständigkeit auf bestimmte Teile des Gemeindebereichs beschränkt ist. In Hessen werden ausschließlich Vorverfahren von Gerichten, die solchen Gerichten mit mehreren Kammeren für den Bezirk Rüschelsheim und Gross-Gersheim unterstellt sind.

In den Sitzungen soll das Gericht in der Besetzung von 3 Mitgliedern mit Einschluss des Vorsitzenden verhandeln und entscheiden. Durch das Ortsstatut (s. auch Beschlüsse der Städtischen Konferenzversammlung und die Entscheidung des Grund-Ministeriums des Innern von der Bürgermeisterei auslassen wird). Kann aber nachträglich bestimmt werden, dass allgemein oder nur für gewisse Stützstellen eine größere Zahl von Beisitzern ausgesetzt werden muss, die Beisitzer muss es aber nicht nur Hilfe Arbeitsgeber und Arbeiter sein.

Was nun das eigentliche Verfahren vor den gewerblichen Sondergerichten betrifft, so lautet dasselbe ebenso wie das ordentliche Verfahren:

Tage streitig, so ist die Klage zu Protokoll zu geben, und ein Termin zur weiteren Verhandlung muss bestimmt werden.

In dem Termin, zu dem das persönliche Erscheinen der Parteien durch Geldstrafen erzwungen werden kann, bleibt es die Hauptaufgabe des Vorsitzenden, einen Vergleich zustande zu bringen. Erst wenn Bemühungen dieser Art vergeblich waren, darf in das eigentliche Verfahren eingetreten werden, zu dem die Beisitzer stets zugezogen werden müssen. Die erste Verhandlung, die nur zum Zwecke eines Vergleichs anberaumt wird, kann auch vor dem Vorsitzenden allein stattfinden.

Für die Urteilsfällung und die Rechtsmittel gelten im allgemeinen die Vorschriften der C.P.O. Die Berufung ist jedoch nur dann zulässig, wenn in Gewerbegerichtssachen der Wert des Streitgegenstandes mehr als 100 M beträgt und in Kaufmannsgerichtssachen mehr als 300 M. Die Berufung und Beschwerde geht wie gegen Amtsgerichtssachen an das Landgericht.

Die Kosten des Rechtsstreites und die Gebühren sind sehr mässig. Die höchste mögliche Gebühr beträgt 30 M. Schreibgebühren und Auslagen für Zustellungen werden überhaupt nicht erhoben. Kommt ein Vergleich zustande, so wird eine Gebühr ebenfalls nicht erhoben, selbst wenn eine kontradiktorische Verhandlung vorausgegangen war.

Eine weitere sehr vorteilhafte Bestimmung der Sondergerichtsgesetze ist, dass Rechtsanwälte und solche Personen, welche das Verhandeln vor Gericht geschäftsmässig betreiben, als Prozessbevollmächtigte oder Beistände vor dem Gewerbe- bzw. Kaufmannsgericht nicht zugelassen werden. Hierdurch

zuletzt nicht benannten Vorbestimmungen unterworfen sind. Gelten demnach die Regeln der Civilprozessordnung. Eine sehr bedeutende Änderung ist die, dass der Parteibetrieb in der Hauptsache durch den Vorsitzenden geregelt werden soll. Die erforderlichen Verhandlungen werden sämtlich vor Vorsitzenden des Gewerbegerichts abgehalten. Ebenso erfolgt auch die Leitung der Parteien von Anwälten. Diese Leitung darf unterbleiben, wenn der Vorsitzende in Anwesenheit beider Parteien den Termin verhängt. Auch die Zustellungen in den Verfahren erfolgen von Anwälten. Das Gewerbegericht hat also abweichend vom Verfahren vor den ordentlichen Gerichten eine außerordentliche Zustellung aus eigener Verantwortung regelungslos unter Ausschluss von Parteibestimmungen zu bewerkstelligen, also auch die Notwendigkeit einer Zustellung von Anwälten zu prüfen. Urteile sind Reklamationen, gegen welche ein Reklamationsschluss eintritt, werden den Parteien zugestellt, soweit dies nicht bereits verurteilt. Sonstige Urteile sind Reklamationen werden den Parteien, die bei der Verhandlung anwesend waren, nur auf beantragte Verhandlungen zugestellt. Für die Form der Zustellung gelten die Vorschriften der C.P.O. Eben die gesetzlichen Bestimmungen.

Die Klage vor dem Gewerbegericht wird erhoben, indem die klagende Partei entweder die Klage im Gericht einreicht oder die in Protokoll des Gerichts aufgenommene schriftl. Klage Akt der Klageerhebung ist nicht unbedingt notwendig; wenn z.B. beide Parteien an einem ordentlichen Gerichtstage ohne vorherige Terminbestimmung und Leitung erscheinen, kann die Erhebung der Klage auch durch öffentlichen Vortrag erfolgen. Bleibt die Sache dann an diesem

wird der Wunsch, die Streitigkeiten vor den Sondergerichten friedlich beizulegen, am besten erfüllt und es wird vermieden, dass die Verhandlungen durch rein juristische formalistische Streitigkeiten in die Länge gezogen werden.

Das Gewerbegericht kann auch als Einigungsamt angerufen werden. Die Einigungsämter haben in erster Linie das Rechtsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer für die Zukunft gemeinsam festzustellen und hierdurch Arbeitseinstellungen und Aussperrungen zu verhüten; erst in zweiter Linie sollen sie Streitigkeiten über die Anwendung der vereinbarten Bestimmungen beilegen oder entscheiden. Als Einigungsamt kann auch das Gewerbegericht angerufen werden bei Streitigkeiten über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses. Den Beteiligten soll in jedem Falle vom Vorsitzenden diese Anrufung nahegelegt werden, um, wenn irgend möglich, den Streit friedlich beizulegen. Durch das Bemühen des Vorsitzenden sind auf diese Art eine grosse Menge Tarifverträge zustande gekommen, durch die drohende Arbeitseinstellungen oder Aussperrungen friedlich ^{beilegt} wurden.

Ferner können die Gewerbegerichte auch als begutachtende Behörde in Wirksamkeit treten. So haben sie auf Verlangen der oberen Verwaltungsbehörde oder der Gemeindevertretung Gutachten über gewerbliche Fragen abzugeben; sie können aber auch selbstständig in solchen Fragen Anträge an Behörden und Vertretungen von Gemeinden sowie an den Reichstag und die Landtage richten.

16 Jahre bestehen nun die neuen Gewerbegerichte, 3 Jahre die Kaufmannsgerichte. In dieser

Tage strittig, so ist die Klage zu Protokoll zu setzen, und ein Termin zur weiteren Verhandlung muss bestimmt werden.

In der Termin, zu dem das persönliche Erscheinen der Parteien durch Geladene erwungen werden kann, bleibt es die Hauptverhandlung zu bezeichnen, einen Vergleich zustande zu bringen. Erst wenn Bemühungen dieser Art vergeblich waren, tritt in das eigentliche Verfahren einzuwirken werden, zu dem die Parteien selbst eingeladen werden müssen. Die erste Verhandlung, die nur zum Zwecke eines Vergleichs abgehalten wird, kann auch von dem Vorsitzenden allein stattfinden.

Für die Urteilsfindung und die Rechtsmittel gelten im allgemeinen die Vorschriften des C.P.O. Die Berufung ist jedoch nur dann zulässig, wenn im ersten Instanz das Urteil nicht in Konformität mit dem Gesetz steht. Die Berufung wird nur in Fällen, in denen das Urteil nicht in Konformität mit dem Gesetz steht, zugelassen. Die Berufung wird nur in Fällen, in denen das Urteil nicht in Konformität mit dem Gesetz steht, zugelassen.

Die Kosten des Rechtsstreits und die Gebühren von und vor Gericht. Die höchsten Gebühren betragen 30 M. Bei geringeren Streitigkeiten und Anlagen für Zustellungen werden Gebühren nicht erhoben. Kann ein Vergleich zustande kommen, so wird eine Gebühr erhoben, welche nicht höher, als die Hälfte der Kosten der Verhandlung vor dem Vorsitzenden ist.

Eine weitere sehr wichtige Bestimmung für Sondergerichtsfälle ist, dass Rechtsmittel und solche Personen, welche das Verfahren vor dem Sondergericht betreffen, als Prozessualisten nicht zugelassen werden. Hierdurch

Zeit haben sie ihr Ansehen gestärkt und erweitert, sie sind angesehen bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern und ernste Klagen gegen sie wurden von den beteiligten Kreisen nie laut. Die Hauptursache dieser Beliebtheit liegt darin, dass die Gerichte stets ihre Hauptaufgabe - eine friedliche Beilegung des Streites - zu erfüllen suchten.

Unter den meisten der bestehenden Gewerbe-
1893
gerichte ist seit dem 11. Juni eine Vereinigung erzielt worden, die die Absicht verfolgt, die in der Praxis gewonnenen Erfahrungen unter den Gewerbegerichten auszutauschen. Seit 1904 sind auch die Kaufmannsgerichte diesem Verband beigetreten. Der Ausschuss des Verbandes gibt unter dem Titel „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ eine periodisch erscheinende Zeitschrift heraus, in der regelmässig die wichtigere Rechtsprechung veröffentlicht wird. Eine regelmässige Veröffentlichung der sondergerichtlichen Urteile findet auch durch das Reichs-Arbeitsblatt statt.

Um ihnen einen genaueren Ueberblick über die Tätigkeit eines Gewerbegerichts zu geben, werde ich Ihnen einige Zahlen aus dem kürzlich erschienenen letzten Geschäftsbericht des Mainzer Gewerbegerichts vorlegen.

Trotz der praktischen Erfolge der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte gab es seit ihres Bestehens und gibt es noch heutigen Tages eine Menge Fachjuristen, die die Errichtung solcher Gerichte bekämpfen. Besonders als es sich 1901 und in den folgenden Jahren darum handelte, ob man auch für den Kaufmannsstand Sondergerichte einrichten sollte, entbrannte ein heftiger Streit. In der Deut-

schen Juristenzeitung bemühten sich mehrere Artikel, die Rechtsprechung der Sondergerichte in das ungünstigste Licht zu stellen und ihre Errichtung zu hintertreiben. So sprach man einfach dem Gewerbegericht ab, unparteiisch urteilen zu können, da sich die Beisitzer überwiegend von unklaren oder auch sentimental Gefühlen leiten liessen. Solche theoretischen Konstruktionen aber, die mit einer merkwürdigen Konsequenz die Ergebnisse und Beobachtungen der gewerbegerichtlichen Praxis ausser Acht liessen, fallen in sich zusammen, wenn man sie mit der praktischen Erfahrung vergleicht. Denn gerade in der Praxis wird die Unparteilichkeit der Sondergerichte allgemein anerkannt und von beiden Seiten, sowohl von den Arbeitgebern wie von den Arbeitern wird ihre Errichtung gewünscht.

Weiter machte man den Gewerbegerichten die Schleunigkeit ihres Verfahrens zum Vorwurf, indem man sagte: „Schleunigkeit kann meistens nur auf Kosten der Gründlichkeit innegehalten werden.“ Dass aber bei aller Schnelligkeit die beiden Hauptmomente richterlicher Tätigkeit - nämlich Feststellung des Tatbestandes und Auslegung der bestehenden Gesetzesparagrafen und ihre Anwendung auf den vorliegenden Tatbestand - nicht zu kurz kommen mussten, hatte man vergessen; dass sie auch nicht zu kurz gekommen waren, haben die gut begründeten gewerbegerichtlichen Urteile zur Genüge dargetan.

Wenn man ferner die Bedürfnisfrage leugnete wegen der verhältnismässig geringen Zahl von Prozessen, die bisher bei den ordentlichen Gerichten von kaufmännischen Angestellten gegen ihre Prinzipale angestrengt worden seien, so war dies ein Trugschluss. Denn deshalb eben wurden ja diese

Zeit haben die für Ansehen geachtet und bewundert, sie sind angesehen bei Arbeitgeber und Arbeitnehmer, denn nur solche Klagen gegen die wurden von den beteiligten Kreisen die Lust. Die Hauptursache dieser Beliebtheit liegt darin, dass die Gerichte stets ihre Hauptaufgabe - eine schnelle Beilegung des Streits - zu erfüllen suchten.

Unter den meisten der bestehenden Gewerbe-gerichte ist seit der 11. Juni eine Vereinigung errichtet worden, die die Arbeit verfolgt, die in der Praxis gewonnenen Erfahrungen unter den Gewerbe-gerichten auszuwechseln. Seit 1904 sind auch die Kaufmannsgerichte diesem Verband beigetreten. Der Ausschluss des Verbands gilt unter dem Titel „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ eine periodisch erscheinende Zeitschrift heraus, in der regelmäßig die wichtigste Rechtsprechung veröffentlicht wird. Eine regelmäßige Veröffentlichung der anderweitigen Urteile findet auch durch das Rechts-Arbeitsblatt statt.

Um Ihnen einen gewissen Überblick über die Tätigkeit eines Gewerbegerichts zu geben, ver-
de ich Ihnen einige Zahlen aus der Statistik der
erhaltenen letzten Geschäftsberichte des Minister-
Gewerbegerichts mitteilen.

Trotz der grossen Erfolge der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte gab es seit ihrer Bestehen- und gibt es noch heutigen Tages eine Menge Rechts-Juristen, die die Errichtung solcher Gerichte be-
kämpfen. Besonders als es sich 1901 und in den
folgenden Jahren immer mehr handelte, ob man auch für
den Kaufmannsstand Sondergerichte einrichten sollte,
erhielt eine heftige Streife. In der deut-

Michel Oppenheim

Frankfurt,
S. S. 1907.

Übungsausschuss
des Kunstvereins

Ihre Arbeit gilt, abgesehen von der
Nichterwähnung des Bundesrats Ausschusses
für auswärtige Angelegenheiten eine gute Be-
antwortung der gestellten Frage.

Van Calker.

Es ist eine Empfehlung der
Gesamtheit, der Organisa-
tion und der Disziplinierung
der verschiedenen Verwaltung
1. des künftigen Reiches,
2. Deutschlands
zu geben.

6.

3

Die in diesem Jahr unter
und unregelmäßiger Verwaltung des
Landes Verkauften Grundstücke zu

Handwritten text in German, likely a letter or document, written in cursive script. The text is mostly illegible due to fading and bleed-through from the reverse side.

Handwritten text at the bottom of the left page, possibly a signature or date.

Handwritten text in German, likely a letter or document, written in cursive script. The text is mostly illegible due to fading and bleed-through from the reverse side.

Die ...
...
...
...

...

...
...
...
...
...
...

Wien im Herbst.

Die Arbeit enthält weder Brauchbare
und bemüht sich, nicht nur aufzuzählen, sondern
auch zu vergleichen. Leider sind die wichtigsten,
die Stellung des Gewerkeorgs charakterisierenden
Regierungsrechte bei der Besprechung entschieden
en Kurz gekommen!

van Calken.

Anslyben:

So ist zu wünschen die un-
erfahrene Haltung des kaiserlichen
Prinzen im kaiserlichen Ring
mit der Haltung des Großherzogs
von Sachsen im sächsischen Harnisch.

Sie vereinigte Hallen, die
der deutsche Reich in deutschen
Reich einmündet, wie es sich viel
der "Verfassungsrunde für das
deutsche Reich"; die das Groß-
fürstentum von Hessen in deutschen
Händen mit der "Verfassungsrunde
des Großfürstentums Hessen".

Der Reich ist
abuse wie der Großfürst
unmittelbares Herrschaft, d. h.
für letzten Reich der Befugnisse
direkt mit der Verfassung, wie, un-
mittelbar vom Reich. Die
unmittelbar nicht vom Reich
Organen des Reiches sind be-
sonnen. Der Großfürst ist
nach Artikel 4 der deutschen
Verfassung der ursprüngliche
Träger der Herrschaft, d. h.
er ist der geborene Träger
des Reiches aller diejenigen
Gesetze, die in der Herr-
schaft aufstehen sind, sowie
für nicht ausdrücklich von
Organen gebildet sind.

Organ ist wie der

Kriegsverfassung im Krieges-
 der Kriegszustand die Gesamm-
 keit der souveränen Regierun-
 gen zu vertreten durch den
 Bundesrath. Der Reich der
 Kriege, die innerhalb dieser
 Gesammtheit dem Kaiser als
 Bundesorganisationszustand zu stehen, sind
 in der Kriegsverfassung nicht
 unterworfen. Kriegsgesetze fast
 ausschließen. In Ausführung
 dieser Kriege steht ihm eine
 so weit zu, als für ihn mit-
 theilbar durch diese Gesetze
 delegiert sind. Der Kaiser
 ist demnach in seiner Eigenschaft
 als Kaiser nicht Monarch im
 Sinne der Einzelstaatsverfassung.
 Er ist nicht Monarch des
 Reiches, d. h. Bundesrath des Reiches.
 Denn die Kriegszustand steht
 nicht ihm, sondern der Ge-
 sammtheit der souveränen
 Reichsregierungen zu.
 Wenn er für den Krieg die
 Bundesregierungen abgibt oder
 Bundesregierungen ernannt, handelt

gut

gut

er nicht in eigenem Namen,
 sondern im Namen des Reiches.
 Im Konfliktlichen Verhältnisse
 der Organe des Reiches unter-
 einander handelt er im Namen
 der souveränen Regierungen,
 so z. B. im Verhältnisse mit dem
 Kaiserthum.

Der Kaiser ist also nicht
 Monarch des Reiches
 im eigentlichen Sinne, wie z. B.
 der Kaiser von Japan Mo-
 narch des kaiserlichen Reiches ist.
 Er ist aber nicht Kaiser.
 [wie z. B. der Kaiser des kaiserlichen
 Reiches, d. h. Bundesrath des Reiches], d. h. Bundesrath
 des Reiches, denn er nicht nicht
 dem Souverän des Reiches
 unterstellt. Er besitzt vielmehr
 die kaiserliche Macht ei-
 genem Reich, denn er ist
 nicht absetzbar, und seinen
 Funktionen unantastbar,
 und steht er zu seinem
 in einem Unterthanenverhältnis.

Wollte man aber
 auf dieser Grundlage alles

meine Wünsche zu erreichen.
 Etwas mehr denn die
 wenigen Bundesfürsten zu sagen
 oder mich weiter zu verheißten.
 Das einzige Gefährliche, das die
 Reichsversammlung für das frü-
 herige Kärnten, ist der Titel
 "Landesherr Kaiser". (Er trägt
 dieses Titel ist befehlend ein
 auf die Angelegenheiten des
 Reichs. (Auch die Fortkummen der
 Kärntner n. 18. Januar 1871, dem-
 gemäß werden wir ein Kaiser
 Kurfürst von der Kaiser Krone
 fordern den Kaiserlichen Titel
 in allen unseren Verfügungen und
 Angelegenheiten des Reichs
 Reichs, Kaiser"). (Die Kaiser
 des Kaiserthums wird sich sein, daß
 daß wir einfallen der
 Titel, König von Preußen" mit
 verfahren ist, was es der
 will, mehr, wenn der Kaiser
 Titel ein Kaiser Titel werden.
 Er ist aber weiter ein Kaiser
 Titel, und ist es zu befehlend
 zu sagen. Es befehlend

meine Gefährlichkeit des Reichs
 von Preußen. Kärntner Bl. Bl.
 und ist die Stellung des
 Königs von Preußen die gefährliche,
 denn für ist ein preussischer König
 gegen Reichs, empfangen die
 Kaiserliche Verfügung und ein
 Kaiser- und quasi Kaiser (König)
 Reichs Kaiser Reichs ist.
 (In diesem Punkt liegt der
 große Unterschied der preussischen
 Kaiser, wenn der Kaiser).
 Die Kaiserlichen
 ist nicht ein preussischer König
 mehr und für Reich gel-
 tenden Verfügungen. (Er
 befehlend wird sich sein, daß
 in der Kaiserlichen, wenn
 Kaiser Kaiser, das ist.
 daß der Kaiser von Preußen
 den Titel, Kaiser des
 Kaiser Reichs und von Preußen
 ist. (Der Kaiser ist
 und das Kaiser Reich befehlend
 der Kaiser Reich (Kaiser
 n. 18. Januar 1871.)

Reich

Ansprechend sind bestimmte Zu-
sagenen vorbehalten. Diese
sind festgesetzt durch den
Allerhöchsten Befehl vom 3. August
1871 (Nr. 2, 3), Kreisgesetzblatt 1.34
mit Eingetrag. Nr. 458.:

1. von Kreisliche Mayen
2. von Kreisliche Homburg.

Au der ungenannten Stelle sind
diese Zusagen zu verstehen.

In demselben Befehl (Nr. 1.)
wird bestimmt, daß die auf
Kreisregeln der Verfassung und
der Gesetz des Deutschen Reichs
nach Kreis anzuwenden. Es
sind die als
Ansprechend zu verstehen sind.

Nach gekündeter Art
sind die Befehl der Kreis-
regeln gemäß als solche zu
zu. Für die Fälle, welche
der Kreis qua Kreis nicht
nach Kreis, sind nach Kreis
qua Kreis nach Kreis.

Angenommen sind für alle
insoweit ein Etat ein (Eingetrag.)
sind mit Kreisregeln zu

Verfassung gestellt.

II. Unmittelbare Regierung
nach der Kreisregeln
angewandt, wird zu ver-
fahren, da die Kreisregeln
auf jedem Gebiet
in einem bestimmten Sinne
von den übrigen Organen des
Reichs sind. Im folgenden
sind die wichtigsten Punkte
des Reichs angegeben:

1. Nach Kreisregeln steht
das Reich zu, das Reich (nach
geordnet zu verstehen, so
nachgeordnet zu verstehen
sind (eingetrag. Nr. 3. Nr.
Art. 11. Abs. 2 und 3.). Nach
Reich der Verfassung und
nach Reich in der Reich-
verfassung Art. 11. Abs. 1. Es
sind die Verfassung. Aber
nach der Verfassung des
Reichs und nach Reich, nach
Reich zu. Nach der Ver-
fassung sind die Ver-
fassung und nach Reich und
nach Reich nach Reich.

Hier war zweckmäßig zu unterscheiden
zwischen Fällen auf dem Gebiete der Gesetzgebung
(im nat. Sinn) u. auf dem des Vollzugs!

Wird der Kaiser oder König
von dem Kaiser oder
monarchen ernannt oder
bestätigt.

gehören die vorgenannten Rechte (sub 1)
nicht auch zu den Regierungsrechten?

2. Der Kaiser regiert nach
Recht, d. h. er ist nach dem
Einfluss der Regierungsgesetze
bestimmte Organe des Reiches,
sowie ihm diese Kraft aus
der Verfassung und den Reichs-
gesetzen zufließen. Ein
besonderer Punkt ist dieses Recht
des Kaisers, dass er
in einem Teil dieser Gesetze
von der Mitwirkung anderer
Organe Gebrauch macht.

Der Kaiser steht als zu, dass
Erkennung und den Reichs-
zu ernennen, zu ernennen, zu ver-
tragen und zu schließen (B. V. Art. 12).

Der Kaiser bewirkt die von
den Bundesgliedern gemachten
Verpflichtungen im Bundesrat zur
Erhaltung (B. V. Art. 7, 2); in
seinem Namen werden die an-
fordernden Verträge auf Ver-
trag der Verträge des Bundesrates
von dem Reichstag genehmigt (B. V. Art. 16).

Die Rechte des Kaisers auf dem Gebiet
der Gesetzgebung sind nicht genügend
charakterisiert.

das sind ebenfalls Regierungsmittel!

Der Kaiser steht die Aus-
führung und Ausführung der
Reichsgesetze und die Ver-
waltung der Reichsangelegenheiten
zu (Reichsverfassung,
Art. 17, 26, 2).

Der Kaiser ernennt den
Reichskanzler (sowie den
Präsidenten im Bundesrat) Reichs-
verfassung Art. 15, sowie alle
anderen Reichsbeamten (Art. 18),
deren Beförderung ihm
zusteht.

3. Der Kaiser ist der Ver-
treter der Menschheit des
Reiches.

a. er ist der Inhaber der
Verträge über die Zukunft
des Reiches.

b. er ist im Bundesrat der
Inhaber der Verträge über die
Zukunft, im Einzelnen ist
sein Verbleib z. B. bezeugt.

c. Der Kaiser ist der von
den Bundesmitgliedern
ernannten zu ernennen (Reichs-
verfassung Art. 19).

d. Der Kaiser kann, wenn
die Verträge im Bundesrat
geändert sind, einen Teil davon
in Bundesrat ratifizieren (B. V. Art. 68).

4. Sam Rumpf's neue Brief
von Ausbreitung der Kunst-
gewerbe in Elbsch-Industriellen
Veränderungen (S. 3 Abs. 1 und 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832

5: im Bucher über die
 von der Kirche der Geist-
 gewalt in der katholischen
 Kolonie aus. (Gef. d. d. d.
 Christenheit der katholischen
 Geistgewalt S. 1. Christen-
 heit 1886. Seite 75.)

Der Kaiser hat ferner
das Recht der Exequatur
auf Grund Capitulare Kaiser-
licher (nicht Königlicher) Verordnungen.
Dieses Recht steht dem Kaiser
zu, um gewisse des Kaisers
in weltliche Angelegenheiten
geben, so z. B. beim Kaiserthum,
bei den Maximilianerzherzögen,

nicht genau zutreffend! cf. White's convention Art. 14.

Neue Rechtschreibweisen, Ketz-
gebirgsweisen u. s. w. (Die
Legierung in Melkshamfelsen
steht nicht mehr, sondern
neue Rechtschreibweisen zu.) -

Sie haben Großsiegung
von Fische großfahrende Kiste
gefallen in drei Fruchtkörnern:

1. *Granulifera*,
2. *Mammigynobranchia*,
3. *Rajinobranchia*.

ad 1. Wenn Grunungsplan des
Großfürstentums ist unvollständig das
"ital", Großfürstentum von Jassy und
bei Krim", die Lagerführung, "Rei-
nigungsplan Jassy" und das Wappenstein
zu nennen. Die Wappen, und
bei Krim" verbindet diese Groß-
fürstentum ital zugeführt, als
1815 Krimfassen im Austausch
gegen das Großfürstentum Moldau
zum Großfürstentum Krim und
zudem in Einklangung stehen,
daß das Großfürstentum Krim-
fassen verbindet zur "Krim-
fürstentum bei Krim" zugeführt sollte.
(Ermak, 73/4.)

Die fälschungsweise Haltung des
Großfenzugs wird in der Aus-
fassung allgemein mitgetheilt
durch den Satz „Drei Fersen
ist fest und unverwundlich“
(A. 4. 1. 1.). Grobster Inhalt
genannt dieser Satz soll durch
den Hinweis (R. St. 9. B. S. 8. 80,
94, 95, 98, 99.) : er gewinnt
nicht selbst den Hinweis. Es
ist ferner allgemein nicht
verwundlich und selbst ein-
verwundlich, der er als
Hauptbestandteil eines anderen
Satzes, der ein wichtiger Teil.
(Stengel, ist bei o. L. 37.). Dies
wird nicht für einen ein-
seitigen Hinweis. Das
Großfenzug. Dieser ist zu-
stehend das Hauptbestandteil
in einem Satz.

257. Zwei der drei neuen
Saffianen Linsen sind in
unsern Instrumenten-
kasten des Großherzoglichen
Junges. Aber eine Linse,
die schon gehört dem Kaiserlichen

und Hutzueifung dieser Be-
mühungen dem Haupte. Die
Einrichtungen der gemeinen Schulen
in die allgemeine Schulpflicht
und werden für die allgemeine
Schulpflicht notwendig.
Für die Verpflichtung der
Kinder der für die Schulpflicht
der Großfürstlichen Schulen
und für die erforderlichen Summen
zu bestimmen. Die Höhe dieser
Summen - das sog. Civilisten-
steuere in der Verfassung nicht
bestimmt. Die Summe für
die Kriegsausgaben ist aus
Großfürstlichen Summen Kriegs-
ausgaben und anderen Ausgaben
bestimmt. Ausgablich-
keit beträgt für 1865 000 M.
Der Großfürst kann über
die Civilisten für bestimmen
und ist in der Verfassung
bestimmt. Kriegsausgaben für 1865.

Außerbauern gewirkt war -
 während seiner alt Familien-
 firkthennungs von Aufzucht
 zeitliche Lente. Eine ist die
 Kammhaltung und Ketzerei war

Bei dem Verstande nicht dem
Kunde zu erklären, in der
Weise der Großfugung
zu.

ad 3. Die Kraft der Na-
gungsbewegung der Großfug-
ung ist sehr groß, die Ver-
änderung der Bewegung ist die
des Punktes (que Punkt). Die
Veränderung der Kraft ist ^{ad 4.} ~~allego~~
nicht, indem sie sagt:

„Der Großfugung ist das Ob-
jekt des Kunds, verändert in
der alle Kraft der Kundzu-
weil ist nicht für, indem der
von ihm gebildet, ist dieser
Veränderungsbewegung festgesetzten
Ergebnisse, und.“ Der
Großfugung haben alle Kraft
eigene Kraft alle diejenige
Anklagen Befugnisse zu,
welche sie nicht notwendig
sind die Veränderung und Ver-
änderungsbewegung anzugehen sind.
Dieser letzten alle Anklagen
Organe - die der Gesetzgebung,
der Verwaltung und der

Dieser Punkt ist der wichtigste! Sehr knapp
behandelt im Vergleich mit dem Obigen!

Welche Rolle hat der Großfugung
in Bezug auf Gesetzgebung?

Kraftbefugnis - wenn sie die
Gesetzgebung ist. Alle Hand-
lungen der Befugnisse der
Kunde der Großfugung (s. L. 33.)

Die Kraft der Kunde zu
verändern und gesetzgebende
Anklagenbefugnisse vorzunehmen,
und dem Großfugung sein
jedem Anklagen zu Kraft,
für der Kunde nicht. Es
ist es nicht qua Kund zu
Kunde. Hier in der Kunde
Kunde ist sie nicht Kraft zu-
ben werden.

Kraftbefugnis!

Der Kunde verändert Kraft
Anklagenbefugnis der Großfugung.

